

G.

VERTRAULICH

## B E S C H L U S S P R O T O K O L L I I

der 34. Sitzung des Bundesrates

vom 31. Oktober 1990

---

Herr Bundespräsident Koller wünscht die Sitzung bereits um 1230 Uhr abzuschliessen, damit das nachmittägliche strategische Seminar wie vorgesehen um 1400 Uhr beginnen kann. Spätestens um 1730 Uhr sollte es beendet werden.

Menschenrechtskonferenz

Es handelt sich um eine ministerielle Konferenz. Steht keine höhere Persönlichkeit als unser Botschafter beim Europarat zur Verfügung? Italien könnte sich über die protokollarisch niedrige Teilnahme aus der Schweiz ärgern. Die Vorschläge werden trotzdem aufgenommen. Auch andere Länder lassen sich nur auf Botschafterstufe vertreten. Für die Unterzeichnung wird Herr Staatssekretär Jacobi nach Rom reisen.

Begnadigungsgesuch von Marcel Cuttat

Die vom EMD beantragte Ablehnung der Begnadigung wird bestritten. Hier liegt eindeutig ein Versagen der Militärjustiz vor, denn die Richter haben geurteilt, ohne die Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfung durch die Bundespolizei zur Verfügung zu haben. Herrn Cuttat wurde vorgeworfen, mehr als 10 Jahre früher Haschisch geraucht zu haben, sonst wurde nichts bewiesen. Durch die Begnadigung muss der Bundesrat die Irrtümer nachträglich korrigieren. Bei dieser Person handelt es sich nicht um einen Dienstverweigerer.

Auch wenn diese Argumente stichhaltig sein sollten, kann der Bundesrat die Begnadigung nicht ohne präjudizielle Folgen gewähren. Ein solcher Entscheid käme einer Korrektur der bis jetzt verfolgten Praxis gleich. Nicht jeder Soldat, der vom Staat ungerecht behandelt worden ist, hat Anrecht darauf, seine Wehrpflicht zu verweigern. Höchstens könnte die Frage geprüft werden, ob der Bundesrat die ausgesprochene Freiheitsstrafe als bedingt erklären könnte. Der Entscheid wird danach verschoben.

CO2-Abgabe

Herr Bundesrat Ogi bedauert, dass das EDI die Zusatzunterlagen erst sehr spät geliefert hat. In seinem Departement konnte trotzdem ein neues Antragsdispositiv vorbereitet werden, welches die Aussagen in den Mitberichten ersetzt. Der Rat diskutiert diese neuen Vorschläge und genehmigt sie mit gewissen Anpassungen. In der Diskussion wird unterstrichen, dass die wirtschaftlichen Folgen noch makroökonomisch studiert werden müssen. Auch sollte eine internationale Abstimmung erreicht werden. Die Einnahmen aus dieser neuen Abgabe, die unbestritten ist, müssen grösstenteils zurückerstattet werden. Eine Harmonisierung mit der Finanzreform ist unerlässlich. Es geht bei den Vorschlägen nur um eine erste Etappe. Eine zweite ist ab 1995 vor-

- 2 -

zusehen, damit der CO<sub>2</sub>-Ausstoss zusätzlich reduziert werden kann. Der Rat ist mit den in diesem Sinne angepassten Entscheiden einverstanden. Er behält sich aber ausdrücklich vor, den definitiven Entscheid nach Vorliegen der zusätzlichen Studien zu treffen.

### Asyl

Herr Bundespräsident Koller ist über die Lage im Asylbereich beunruhigt. Die Unterbringungsprobleme werden immer schwieriger, und es sind auch kriminelle Akte gegen Flüchtlinge zu verzeichnen. Die vorgeschlagenen Massnahmen wirken nur beschränkt. Die Wiedereinführung der Visumpflicht für die Maghreb-Staaten ist eine dringende Massnahme. Nachdem die meisten europäischen Länder einen solchen Schritt beschlossen haben, kommen bis zu 72 Flüchtlinge täglich in unsere Flughäfen und müssen zurückgewiesen werden. Trotz praktischen Problemen beim EDA ist deshalb der Bundesrat mit den Vorschlägen einverstanden. Es wird bemerkt, dass unsere Botschaften die Erteilung der Visa mit einer gewissen Ruhe erledigen können. Es ist auch noch zu beweisen, dass die Leute tatsächlich vor unseren Vertretungen Schlange stehen.

### Verteilung der Informatikkredite

Trotz zahlreichen anderslautenden Vorschlägen wird die Verteilung gemäss Antrag vorgenommen. Damit aber weitere sinnvolle Projekte dennoch realisiert werden können, werden die verschiedenen Wünsche später durch Nachtragskredite beantragt werden können.

### Budget 1991

Die Finanzkommission des Nationalrates verlangt zusätzliche Kürzungen von insgesamt 450 Millionen Franken, damit das Ausgabenwachstum auf die geforderten 6 Prozent reduziert wird. Die Departemente haben keine konkreten Vorschläge eingereicht, so dass das EFD selbst zusätzliche Kürzungen als Möglichkeiten erwähnt. Es geht vor allem um Streichungen beim EMD und beim EVED. Die Herren Bundesräte Ogi und Villiger sprechen sich gegen diese Vorschläge aus. Beide Departemente haben bereits grosse Opfer erbracht. Zusätzliche Kürzungen sind nicht akzeptabel. Es ist auch auf eine gewisse Opfersymmetrie zu achten.

Der Rat diskutiert die Frage auch grundsätzlich. Nachdem in verschiedenen Sparübungen bereits 1,3 Milliarden Franken gekürzt worden sind, ist es kaum sinnvoll, dem Parlament neue Vorschläge zu unterbreiten. Es geht um die Glaubwürdigkeit des Bundesrates. Der Brief des EFD unterstreicht dies, aber gleichzeitig erfüllt dieses die Wünsche der Finanzkommission, indem es mögliche Kürzungen aufzeigt. Auch wenn die Gefahr besteht, dass die Kommission nun selbst Streichungen vornimmt, beschliesst der Bundesrat, die Forderungen der Kommission nicht zu erfüllen und keine Sparmöglichkeiten aufzuzeigen. Auch sollte sich die Kommission bewusst sein, dass das Ausgabenwachstum des Budgets ohne Teuerungsausgleich für die AHV-Rentner nur unbedeutend über 6% war.

### Teuerungszulagen 1991

Unter Vorbehalt ist der Bundesrat mit der Beteiligung des Bundes an der Erhöhung des versicherten Verdienstes in der Höhe von 1000 Franken pro Beamten einverstanden. Dieser Entscheid tritt aber nur in Kraft, wenn die Lohnrunde erst auf den 1.1.1992 verwirklicht wird. Sollte sie früher angesetzt werden, ist auf einen Einbau der Teuerungszulage zu verzichten.

### Votations populaires en 1991

Le Conseil décide de soumettre au peuple en mars 1991 le droit de vote à 18 ans et l'initiative sur les transports publics. La question de savoir s'il y aura votation fédérale au mois de juin sera soumise aux partis du gouvernement lors de la réunion de la Maison de Watteville du 7 novembre. Les secrétariats généraux sont divisés à ce propos. Le Président annonce que lors de la réunion avec les présidents du Parlement, il a été décidé de mieux planifier avec le Parlement l'examen des objets qui devront être soumis à votation.

### Regierungsreform

Herr Bundeskanzler Buser schlägt die Einsetzung eines kleinem Gremiums vor, das den Bundesrat unterstützen soll. Herr Professor Eichenberger wäre bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Als weitere Mitglieder kämen die Herren Professoren Pümpin und Delley in Frage. Die Bundeskanzlei wird für die nächste Sitzung konkrete Vorschläge unterbreiten. Der Rat nimmt dies zur Kenntnis, möchte aber in bezug auf die Personen volle Freiheit bewahren.

### Conférence mondiale sur le climat

La délégation Suisse doit-elle comprendre également des représentants d'organisations privées, telles le WWF? Cette pratique peut comporter des aspects négatifs, car dans les autres pays, une telle pratique n'est pas autorisée. D'autre part il est important d'intégrer aussi les personnes qui s'occupent du problème, même s'il s'agit de privés. Le Conseil décide que les trois délégués d'organisations non gouvernementales ne seront admis dans la délégation suisse que si cela ne suscite pas de réactions diplomatiques de la part des autres pays. M. Cotti, à la conférence, se limitera à illustrer les décisions prises par le Conseil au sujet du CO2.

## AUSSPRACHEN

### Von Wattenwyl-Gespräche

Die Energiefragen sollten nicht im Vordergrund der Gespräche stehen, denn darüber muss sich der Bundesrat noch aussprechen.

## UMFRAGEN

### Bundesrat Stich

- wird demnächst Vorschläge für die Hilfe an Staaten unterbreiten, die unter der Golfkrise leiden. Die Höhe des Schweizer Beitrages wird sich nach den Beiträgen von Spanien und Schweden richten.

- 4 -

M. Felber

- propose au Conseil fédéral une déclaration sur les otages suisses en Irak. Il faut que le Conseil réaffirme les principes de sa politique, car les polémiques et les spéculations de la presse ont semé le doute. Le Conseil est d'accord avec la déclaration, mais souhaite être renseigné de façon permanente et continue sur les initiatives du DFAE. Il n'est pas bon que les membres du Conseil apprennent des décisions importantes par la presse. Pour diffuser ses informations internes, la Chancellerie fédérale a mis sur pied un dispositif que les Départements devraient mieux utiliser.

Bundesrat Ogi

- zeigt sich über die Entscheide von Brüssel betreffend die 28 Tonnen befriedigt. Es ist möglich, dass die Forderungen der EG fallengelassen werden.
- wünscht, dass Herr Bundesrat Stich seinem italienischen Kollegen einen Brief über die Probleme am Zoll schreibt. Die Lage ist nun untragbar, und man sollte dies bei den italienischen Behörden klar zum Ausdruck bringen.

Der Rat trifft sich im Zimmer 245 (Bundeshaus-Ost zu einem strategischen Seminar. Zur Sprache kommen zwei Themen: der islamische Fundamentalismus und die Nachrichtenbeschaffung der Bundesstellen.

Exposé de Monsieur Hottinger sur le fondamentalisme

Le conférencier définit le fondamentalisme par deux notions:

1. La réislamisation des pays musulmans après la décolonisation pour réinventer un mode de vie postcoloniale.

Les nouvelles générations ne s'intéressent plus à vivre comme du temps des colonies, mais cherchent un nouveau mode de vie. L'Islam leur paraît être la réponse à ce problème. Le phénomène se produit dans tous les pays sous forme d'un courant violent et vaste qui part de l'Afrique pour atteindre l'Inde en passant même par la Turquie.

2. L'islamisme (intégrisme).

Il s'agit de créer une idéologie (théorie servant de philosophie collective) qui devrait permettre de poser les bases d'un nouveau style de l'Etat fondées sur la sharia (loi de Dieu) qui doit régir l'ensemble de la vie de chacun, le droit privé, le droit pénal, les structures du gouvernement etc.

La sharia est constituée d'une collection de textes souvent contradictoires de type jurisprudentiel. Confronté à l'importation des codes occidentaux, il semble que les tenants de cet islamisme tendent à les banir des Etats qu'ils veulent conquérir, afin que la voix de Dieu (sharia) trouve son plein épanouissement, ce qui permettrait à ces gouvernements de retrouver leur superbe antérieur au colonialisme.

Cet islamisme est porté par des savants forts bien instruits dans la loi religieuse, mais qui en revanche, connaissent mal le droit moderne ou les codes importés, ce qui les met dans une situation défavorisée sur ce plan. C'est la raison pour laquelle ils cherchent à se débarrasser de cette législation dite coloniale.

3. Développements.

Le conférencier discute ensuite le phénomène en soi et signale que, dans le temps les pays musulmans faisaient une différence entre les imams qui étaient ses lettrés religieux et les muftis qui représentaient le gouvernement civil. Actuellement notamment en Iran les muftis ont perdu leur influence antérieure. A cela s'ajoute le fait que certains modernistes, tout en reconnaissant la sharia, souhaitent faire évoluer son interprétation.

D'où vient l'islamisme ? Selon le conférencier, il est la suite logique des grandes dynasties wahabites, mohabites, etc. qui ont gouverné dans les différents pays musulmans et qui ont appuyé leur pouvoir sur un islam puritain. A l'époque cet islam était rigoureux et prônait une vie exemplaire. Actuellement il se caractérise essentiellement par une lutte vigoureuse contre tout ce qui est étranger, en particulier occidental.

En outre il a une composante sociale (aide aux pauvres, interventions en cas de catastrophe ou de sinistre, etc.) et espère par ce moyen introduire le règne de Dieu sur la terre. Ces deux lignes sont parfaitement discernables en particulier en Iran où s'opposent les réformateurs et les partisans de la ligne Khomeiny. En outre l'islamisme tend à associer les gens malaisés à son action

et procède par une sorte de chantage à l'endroit des élus qui doivent se prononcer pour ou contre l'Islam avant les élections, ce qui donne une très grande influence à toutes les banlieues des grandes villes où résident les gens les plus mal lotis socialement. Comme l'Islam ignore en principe la limite entre le religieux et le politique, les islamistes peuvent sous le couvert de religion faire toute la politique qu'ils veulent, d'autant qu'ils arrivent à tisser des réseaux puissants dont les mosquées sont le point de ralliement.

En ce qui concerne l'Europe, elle est exposée à cette vague islamique puissante, non seulement arabe, mais également africaine ou sud-asiatique, notamment par le nombre considérable de travailleurs musulmans qui sont installés dans les pays européens, d'où des foyers qui tentent également de déstabiliser les gouvernements européens (terrorisme, etc.).

Pour le conférencier, le sentiment des islamistes selon quoi le développement national est un faux objectif qui s'oppose à la suprématie de la sharia est irréaliste: c'est au contraire l'échec des développements qui favorise l'action des fondamentalistes.

Répondant aux questions des conseillers fédéraux, il estime que les chances du fondamentalisme sont limitées, en particulier parce que la sharia est fondamentalement contraire à la vie moderne, elle manque de possibilités d'adaptation et ce manque de possibilités d'adaptation va s'accentuer. Dans les pays riches (producteurs de pétrole) où les gens mangent à leur faim, d'une part les fondamentalistes ont moins de possibilités de recrutement, mais d'autre part, les gouvernements peuvent intégrer partiellement les idées islamiques à leur système de gouvernement sans trop de difficulté. Dans les pays plus pauvres, la rupture devrait vraisemblablement intervenir plus rapidement. En ce qui concerne le problème de Saddam Hussein qui se dit fondamentaliste, le conférencier affirme que le peuple sait que Saddam Hussein n'est pas de ces lettrés religieux qui mènent le mouvement et que son attitude est purement opportuniste. Il ne faut toutefois pas négliger dans les autres pays arabes l'impression que l'Iran a pu faire notamment sur la jeunesse.

Enfin sur la situation dans le Golfe, le conférencier pense que Saddam Hussein cherchera par tous les moyens à ne pas perdre la face et que, à cet effet, il doit gagner quelque chose. Dans toutes négociations on cherche un compromis et pour Saddam Hussein tout compromis est un gain. En revanche, une solution militaire aurait, si elle devait durer plus de quelques jours, pour conséquence de renverser totalement les alliances entre les arabes et les pays occidentaux.

### Nachrichtenbeschaffung

Generalstabschef Heinz Häsler erläutert Funktion und Arbeitsweise des Nachrichtendienstes des EMD. Die UNA verfügt über zahlreiche Kanäle zur Beschaffung von Informationen. Besonders ausgebaut und wichtig ist die elektronische Aufklärung, aber auch die zahlreichen Kontakte sowohl mit anderen Nachrichtendiensten als auch durch die Militärattachés sind von Bedeutung. Es besteht auch ein ausserordentlicher Nachrichtendienst, dessen Chef im Auftragsverhältnis arbeitet und nicht dem EMD angehört. Er verfügt über Leute in 12 Staaten. Es gibt keine Doppelspurigkeiten mit der UNA. Die PUK 2 hat die Schaffung eines strategischen Nachrichtendienstes gefordert.

De son côté, l'Ambassadeur Guy Ducret, Chef du Secrétariat politique du DFAE, informe sur les sources, l'organisation et l'usage des informations que son département recueille. Toutes les informations sont mises à la disposition des organes de la Confédération qui en ont besoin. Cela ce fait soit à la Conférence de situation, soit à l'Office central de la défense, soit par contacts personnels ou encore par échange de communications. Le chef du département lui-même reçoit tous les rapports politiques et les dépêches les plus importantes.

Der Generalsekretär des EJPD, Samuel Burkhardt, orientiert über die Rolle der APF bei der Nachrichtenbeschaffung. Die APF wurde reorganisiert, und ihre Sektion Input mit ihren 587 Leuten ist in der Lage, die Funktion einer Nachrichtenagentur zu erfüllen. Sie kann dadurch die Grundversorgung der Medien übernehmen, aber auch spezifisch für den Bundesrat Informationen zum Beispiel von ausländischen Quellen sammeln.

Der interimistische Chef der Bundespolizei, Urs von Däniken, ist bei der Nachrichtenbeschaffung auf die Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeikorps angewiesen. International steht die BUPO mit 36 ausländischen Diensten in Verbindung. Diese Informationen sind nicht nur für die Strafverfolgung oder für präventive Massnahmen wichtig, sondern dienen auch der Entscheidungsfindung des Bundesrates.

In der anschliessenden Diskussion wird die Frage aufgeworfen, wie alle durch die verschiedenen Dienste gesammelten Informationen bis zum Bundesrat kommen. In ausserordentlichen Lagen kann diese Aufgabe durch die neugeschaffene Informationszentrale der Bundeskanzlei erfüllt werden. Wie Herr Bundeskanzler Buser unterstreicht, kann dies nur erfolgen, wenn der Armeestab aufgeboten wird. In normalen Zeiten spielt eine Koordination dieser Nachrichten sowie die Verteilung an die Bundesräte noch nicht gut. Die Lagekonferenz erfüllt diese Aufgabe nicht, und ihre Tagungsart ist von einem zu grossen Zeremoniell geprägt. Für Herrn Bundesrat Villiger funktioniert die Lagekonferenz auch deshalb nicht optimal, weil sich die Bundesräte selbst mit ihrer Arbeit zu wenig befassen. Der Vorschlag der PUK, dass die Nachrichtendienste strategisch werden sollen, ist seit langem bereits erfüllt. Die UNA zum Beispiel hat vor allem in der Analyse sehr grosse Fortschritte gemacht. Vielleicht wäre es gut, wenn eine Delegation für Nachrichtendienste, bestehend aus den Chefs des EDA, des EJPD und des EMD, geschaffen würde.

- 8 -

UMFRAGEN

Der Rat führt die am Vormittag unterbrochenen Umfragen fort.

M. Delamuraz

- souligne l'importance que le Conseil doit attribuer au rapports de la CEP 2. Il discutera avec MM. Koller et Villiger de certains passages du rapport.
- les négociations au sein du GATT risquent de mal tourner car la CE n'a pas encore fait d'offre en matière d'agriculture. Celle de la Suisse est considérée comme un minimum absolu. Enfin on constate que les milieux suisses de l'industrie d'exportation, par exemple le Vorort, insistent sur l'importance du GATT.
- le sommet de Rome de la CE ne s'est occupé qu'en passant des négociations sur l'EEE. La présidence italienne en a été déçue, tout comme celle de l'AELE. Une percée politique cette année encore reste néanmoins possible, à condition qu'elle puisse être lancée dans les trois prochaines semaines. Au sein de l'AELE elle-même, la déclaration du premier ministre suédois, favorable à une adhésion à la CE, a suscité un certain malaise. La position de l'AELE s'en est trouvée affaiblie.

Bundesrat Villiger

- hat den Entwurf zum Bericht der PUK 2 an die Mitglieder des Bundesrates verteilt. Der Bericht ist gut lesbar und in einem journalistischen Stil geschrieben. In manchen Formulierungen ist aber die Kommission entschieden zu weit gegangen. Sie vertritt insbesondere eine sehr legalistische Auffassung. Das EMD ist dabei, zusammen mit den andern Departementen eine Stellungnahme des Bundesrates vorzubereiten. Es ist zu hoffen, dass einzelne Aussagen korrigiert werden können.

Bundespräsident Koller - erinnert daran, dass die **nächste Sitzung bereits um 0800 Uhr** beginnen wird.

5.11.1990 AC/FC/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)